

Neue B 3: Befürworter formieren sich

Anlieger der alten Trasse planen Bündnis – Stadt, Umgehungsgegner und Straßenbauamt wollen Gespräch

VON PETRA ZOTTL

HEMMINGEN. Die kontrovers geführte Diskussion um die geplante Ortsumgehung der Bundesstraße 3 spitzt sich weiter zu: Anwohner der alten Trasse wollen nun ein Bündnis gründen, das sich für den sofortigen Bau der sogenannten B 3 neu einsetzt. Die Gruppe aus Arnum und Hemmingen-Westerfeld, die sich zurzeit noch in der Findungsphase befindet,

wehrt sich gegen die Argumentation der Bürgerinitiative (BI) „Wer Straßen sät, wird Autos ernten“, in der sich Gegner der Umgehung zusammengeschlossen haben. Die BI hatte erst kürzlich aufgrund der Entwicklung der Verkehrszahlen durch Hemmingen die Dringlichkeit des Bauprojekts infrage gestellt.

Dies sieht das angehende Bündnis anders. Sie wollen Sprachrohr für die große Gruppe der Befür-

worter sein, heißt es in einer ersten Erklärung, die den Leine-Nachrichten vorliegt. Ziel des Bündnisses sei, umfassend über den Planungsstand zu informieren und die Notwendigkeit der Umgehung darzustellen. Für Anfang Februar plant die Gruppe ein Gründungstreffen, ein öffentlicher Informationsabend soll folgen.

BI-Co-Sprecher Burkhard Lange reagierte gestern gelassen auf die Pläne der Befürworter. „Sie sollen

sich artikulieren – so kann sich jeder ein Bild machen“, sagte er.

Einen kurzen Meinungsaustausch zwischen Gegnern und Befürwortern habe es am Montagabend in einer öffentlichen BI-Sitzung bereits gegeben. Die von der BI vorgelegten Verkehrszahlen seien von BI-Mitgliedern mit Empörung, von B 3-neu-Befürwortern mit Schweigen quittiert worden. „Wir nehmen jetzt sämtliche Hemminger Politiker in die Pflicht. Sie

müssen den Dialog mit allen Betroffenen aufnehmen und anerkennen, dass die ursprüngliche Begründung für die B 3 neu nicht stimmt“, sagte Lange.

Für Mitte Februar hat die Hemminger Verwaltung ein gemeinsames Gespräch zwischen BI, Stadt und der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr arrangiert. Lange zufolge will die BI der Behörde einen Fragenkatalog vorlegen. „Wir hoffen auf Klarheit.“